

W o r t p r o t o k o l l *)

zu TOP 1 der 32. Sitzung

der Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder

Mittwoch, 12. Dezember 2007, 16.00 Uhr
Berlin, PLH (Paul-Löbe-Haus), Raum 2.200

Vorsitz: Miriam Gruß, MdB (FDP)

Öffentliches Expertengespräch
zur Studie
„Kulturpolitik für Kinder“

*) redaktionell überarbeitete Tonbandabschrift

Inhalt	Seite
Anwesenheitslisten	3
Liste der Sachverständigen	7
Sprechregister	8
Wortprotokoll	9

3

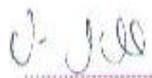
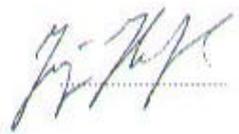
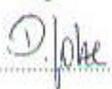
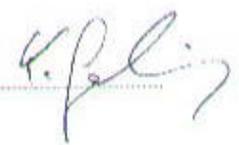
Mittwoch, 12. Dezember 2007, 16:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung der Kinderkommission

<u>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</u> <u>Abgeordnete(r)</u>	<u>Unterschrift</u>	<u>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</u> <u>Abgeordnete(r)</u>	<u>Unterschrift</u>
CDU/CSU		CDU/CSU	
Noll, Michaela		Winkelmeier-Becker, Elisabeth	
SPD		SPD	
Rupprecht, Marlene		Kucharczyk, Jürgen	
FDP		FDP	
Gruß, Miriam		Lenke, Ina	
DIE LINKE		DIE LINKE	
Golze, Diana		Wunderlich, Jörn	
Bündnis 90/ Die Grünen		Bündnis 90/ Die Grünen	
Deligöz, Ekin		Gehring, Kai	

4

Kinderkommssion (13)

Mittwoch, 12. Dezember 2007, 16:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

SPD

CDU/ CSU

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

FDP

DIE LINKE.

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

SCHWARZ, JULIANA

B90/Grüne



.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

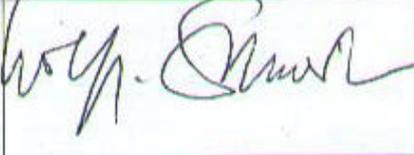
.....

.....

6

Anwesenheitsliste der Sachverständigen

für das öffentliche Expertengespräch
„Kulturpolitik für Kinder“
Mittwoch, 12. Dezember 2007, 16.00 Uhr

Name	Unterschrift
Prof. Dr. Wolfgang Schneider Universität Hildesheim	

Liste des Sachverständigen

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

Universität Hildesheim

Institut für Kulturpolitik

Eingeladen als Auskunftspersonen:

Hannah Blum

Anna Erichson

Anne Franko

Aron Weigl

Sprechregister

Kinderkommission

Seite

Vorsitzende Miriam Gruß (FDP)	9, 17, 24
Michaela Noll (CDU/CSU)	9, 25
Marlene Rupprecht (SPD)	18, 23
Diana Golze (DIE LINKE.)	20

Sachverständiger

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider	9, 16, 18, 19, 23, 25
--	-----------------------

Auskunftspersonen

Hannah Blum	14, 19, 21
Anna Erichson	13
Anne Franko	16, 21
Aron Weigl	12, 16

Beginn der Sitzung: 16.05 Uhr

Vorsitzende: Meine sehr geehrten Damen und Herren, recht herzlich willkommen zur 32. Sitzung der Kinderkommission. Der erste Tagesordnungspunkt ist jetzt öffentlich und ich begrüße daher auch ganz herzlich die interessierte Öffentlichkeit. Wir haben heute zu Gast Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider von der Universität Hildesheim und neun Studentinnen und Studenten, die ihn bei der Erstellung einer Studie zur Kulturpolitik für Kinder unterstützt haben, die uns heute präsentiert wird. Vortragende der Studie sind Hannah Blum, Anna Erichson, Anne Franko und Aron Weigl. Der Vortrag wird ca. 25 Minuten dauern. Meine Kollegin, Frau Noll, hat mich gebeten, vorher etwas sagen zu dürfen. Ich stelle Ihnen kurz die Mitglieder der Kinderkommission vor (zählt alle auf, Frau Deligöz fehlt). Frau Noll, bitte.

Abg. Michaela Noll (CDU/CSU) heißt alle recht herzlich willkommen. Der Anlass, warum ich kurz sprechen möchte, gilt unserer Vorsitzenden. Sie hatte am 3.12. Geburtstag und ich möchte ihr im Namen unserer Mitglieder gratulieren. Das hat bis jetzt Spaß gemacht und wir freuen uns auch auf die heutige Sitzung. Manchmal geht es ja im politischen Geschehen unter. Wir sind alle bei Dir und Du hast noch so ein jugendliches Alter, da kann man sich kontinuierlich darauf freuen. In diesem Sinne - weiter so.

Vorsitzende: Ich freue mich sehr. Und ich freue mich auch sehr, jetzt den Vortrag zu hören. Wir alle sind sehr gespannt, denn ich weiß auch, es wird Erkenntnisse geben, die der Öffentlichkeit bisher noch nicht bekannt waren, sondern die uns hier heute in der Kinderkommission exklusiv präsentiert werden.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Frau Vorsitzende, herzlichen Glückwunsch auch aus Hildesheim. Und vielleicht verstehen Sie das, was wir mitbringen, als kleines Geburtstagsgeschenk. In der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Damen und Herren in dieser Runde, es ist mir eine Freude, zum zweiten Mal bei Ihnen sein zu dürfen. Der Anlass ist, weil Sie sich mit Kultur beschäftigen und wir uns an meinem Lehrstuhl an der Universität in Hildesheim mit Kulturpolitik beschäftigen. Die anwesenden Studierenden sind ein Fünftel eines Seminars aus dem Sommersemester, die Kulturwissenschaften studieren und dort auch Kulturpolitik und Kulturmanagement belegen können. Wir haben auf

der Basis des seit 1991 existierenden Rechts der Kinder auf Kunst und Kultur eine Untersuchung vorbereitet und auch durchgeführt, das in der sogenannten Kinderrechtskonvention der UNESCO im Artikel 31 verbrieft ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Konvention ja ratifiziert. Wir haben uns angeschaut, was ist in den letzten 15 Jahren nach der Ratifizierung passiert ist, welche Konzepte, Programme und Maßnahmen dienen den Künsten für Kinder und der Partizipation von Kindern an den Künsten. Wir haben alle 16 Länder auf Kinderkulturpolitik hin untersucht. In der Tat haben wir gesagt, als wir die Einladung bekamen, dann veröffentlichen wir sie nicht vorher, sondern Sie bekommen die Ergebnisse heute hier exklusiv präsentiert. Die Studierenden haben das auch mit Power Point bestens gemacht. Zunächst einmal wollen wir Ihnen ganz kurz sagen, was wir in den 25 Minuten vorhaben. Ich werde mit fünf Thesen einleiten, die gewissermaßen nicht nur am Anfang des Seminars gestanden haben, sondern immer wieder überprüft wurden und unser erkenntnisleitendes Interesse waren. Dann werden wir Ihnen beispielhaft drei Länderreporte präsentieren. Und zum Schluss fassen wir noch einmal kurz zusammen, wie aus diesen Erkenntnissen heraus so etwas wie Kulturpolitik für Kinder aussehen könnte. Dann überreiche ich der Frau Vorsitzenden diesen Umschlag, denn da steht drin, wer bei dem Ranking der 16 Länder das Rennen gemacht hat. Sie verlesen dann, verehrte Frau Gruß - „der Gewinner ist ...“ und dann werden wir es auch veröffentlichen können.

Fünf Thesen am Anfang: Wenn von Kultur die Rede ist, geht es nicht um Kinder, wenn von Kindern die Rede ist, geht es nicht um Kultur. Zugespitzt, weil wir immer wieder feststellen, dass natürlich in der Kulturpolitik die Erwachsenen erstmal für sich ihre Kulturpolitik reklamieren und so etwas wie Kinderkulturpolitik auch als Terminus eigentlich gar nicht existiert. Wir stellen immer wieder fest, dass es durchaus Kulturprogramme und Kulturinstitutionen gibt, die sich auch an Kinder wenden. Aber die Debatten gehen meistens um die Infrastruktur und die Programme für Erwachsene. Wenn von Kindern die Rede ist, geht es meist nicht um Kultur, das wissen Sie am allerbesten. Sie müssen sich mit sozialen und familiären Problemen sowie mit Erziehungsproblemen beschäftigen. Oft ist tatsächlich die Kinderpolitik eine Politik der Problematisierung. Kultur in diesem Zusammenhang kommt kaum vor, außer in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages in diesem Halbjahr.

Zweite These: Kulturpolitik für Kinder wird häufig im Zusammenhang mit kultureller Bildung formuliert. Darüber haben wir ja das letzte Mal gesprochen, was kulturelle Bildung bedeuten kann. Wir stellen aber fest, dass das eben auch nur eine Facette von Kulturpolitik ist. Und insbesondere eine, die natürlich einer gewissen Zweckhaftigkeit dient, nämlich Kultur im Zusammenhang von Bildung zu sehen. Das ist ja per se nicht so. Kultur ist ein gelebtes Phänomen und wenn man das noch einmal einschränkt, kann man ja sagen, die Künste sind nicht unbedingt dazu da, dass sie in der Bildung genutzt werden, aber die kulturelle Bildung nutzt Kultur. Das stellen wir aber vorher erstmal fest und man kann das später ja bewerten.

Dritte These: Kulturpolitik für Kinder ist uns wenig als eigenständiger Politikbereich aufgefallen. Wir haben festgestellt, dass wir in der Kulturpolitik, Bildungspolitik und der Sozialpolitik Ansätze finden. Oft eben auch als Querschnittsaufgabe, was im deutschen Politiksystem nicht so einfach ist, weil es eben dann unterschiedliche Referate, Dezernate, unterschiedliche Ministerien zuständig sind, und deshalb nicht immer eine Koordination und auch nicht immer eine dezidierte Kulturpolitik für Kinder dabei herauskommt.

Vierte These: Gegenstand einer Kulturpolitik für Kinder ist nicht nur die Kultur der Kinder, sondern auch die Kunst, die für Kinder z. B. im Theater, in der Literatur und im Film umgesetzt wird. Das dient nur zur Illustration von Theater, Literatur und Film, soll aber meinen, dass Kulturpolitik für Kinder nicht nur den Aspekt berücksichtigt, wie Kinder selbst ihre Kultur leben, wie sie singen und tanzen, wie sie lesen, wie sie auch kreativ tätig sind, sondern es gibt eben auch die Künste und die Künstler, die gezielt im Theater, im Kindertheater, in der Literatur, in der Kinderliteratur oder im Film, im Kinderfilm tätig sind. Wir haben auch hier natürlich einiges im Bund gefunden, was die Förderung z. B. durch Preise und Stipendien betrifft. Es gibt den Deutschen Jugendliteraturpreis, es gibt beim Deutschen Filmpreis eine spezielle Kategorie für Kinder- und Jugendfilme und es gibt im Theater, den Leiter hatten Sie hier zu Gast, ein Kinder- und Jugendtheaterzentrum der Bundesrepublik Deutschland dezidiert zur Förderung des Kinder- und Jugendtheaters. Also da sind es die Künste für Kinder neben der Kultur der Kinder, die wir identifiziert haben.

Und letzter Punkt von meiner Seite aus: Als Perspektive, wir kommen dann noch einmal in den Schlussbetrachtungen darauf zurück, braucht Kulturpolitik für Kinder klare Konzepte und sollte als eigenständiger Politikbereich definiert werden. Das haben wir am Anfang unseres Seminars mit einem Fragezeichen versehen. Mal schauen, ob wir zu dem Ergebnis kommen, am Schluss ein Ausrufezeichen zu setzen. Danke.

Aron macht weiter mit Baden-Württemberg.

Herr Aron Weigel: Baden-Württemberg stellt sich selber als das Kinderland dar und schon auf der zweiten Seite der Regierungserklärung der Landesregierung wird genannt: Baden-Württemberg muss zum Kinderland Nummer 1 Deutschlands werden. Das wird dann im Koalitionsvertrag noch erweitert zum Kindermedienland. Darin heißt es u. a. auch: „Wir wollen das Interesse insbesondere junger Menschen an Kunst und Kultur, an Musik und Literatur wecken, fördern und erhalten.“ Ein ziemlich allgemeiner Anspruch, eine Willensäußerung, die dann im weiteren Verlauf aber so allgemein nicht mehr gehalten wird, sondern eigentlich immer in Verbindung mit kultureller Bildung gesehen wird. Das heißt, Kultur für Kinder ist im weiteren Verlauf immer gleich kulturelle Bildung, ob da irgendetwas weggelassen wird, bleibt jetzt mal offen, das werden wir noch sehen. Zum Beispiel wird es im Jugendbildungsgesetz umgesetzt, das es schon seit 1975 in Baden-Württemberg gibt und ständig überarbeitet wurde, auch jetzt erst wieder, und so einzigartig in Deutschland ist. Darin heißt es einerseits, dass ästhetische Bildung als bedeutender Teil der Bildung insgesamt gesehen wird. Das hat man nicht immer so gesehen, wie bedeutend auch dieser Teil ist. Und im § 10 wird man sogar ganz speziell und sagt: „Das Land fördert die Musikschulen mit einem festzulegenden Prozentsatz“, das betrifft das Personal. „Dieser Prozentsatz darf 10 Prozent nicht unterschreiten.“ Da das pädagogische Personal einen Großteil der Kosten ausmacht, handelt es sich dann faktisch um 8 bis 9 Prozent, die per Gesetz festgelegt sind. Das Land muss die Jugendmusikschulen und damit auch die Jugendkunstschulen mit 8 bis 9 Prozent fördern. Das ist doch schon ziemlich klar und deutlich. Leider sieht man das aber viel zu selten in der Gesetzgebung. Deshalb hat sich auch der programmatische Schwerpunkt in Baden-Württemberg herauskristallisiert. Es gibt 237 Musik- und Kunstschulen in Baden-Württemberg und immer mehr Jugendkunstschulen, derzeit 40, das sind 22 Prozent aller entsprechenden Schulen in Deutschland. Ein zweiter Schwerpunkt, der im Gegensatz zum ersten nicht vom Kultus- und Jugendministerium, sondern vom Kunst-

ministerium gefördert wird, sind die Kinder- und Jugendtheater, und zwar eigenständige. Das heißt, nicht unter dem Dach eines großen Hauses, sondern eigenständig wie in Stuttgart das „Yes“ oder Freiburg, Ulm und Heilbronn, diese vier. Also auch flächendeckend verteilt, dezentralisiert, wie es sich für ein Flächenland gehört. Hier sieht man aber schon, dass eine Kompetenzverschränkung stattfindet zwischen dem Kultus- und dem Kunstministerium. Eine klare Linie lässt sich einfach nicht erkennen, auch in Haushaltsplänen kann man das nicht eindeutig herauslesen. Das macht die Sache natürlich schwierig. Andererseits gibt es in Baden-Württemberg eine vielfältige Kulturlandschaft für Kinder, das ist offensichtlich. Allerdings fehlt es an einer wirklich dezidierten Kinderkulturpolitik, an einer klaren Festlegung in Konzepten, wie man Kinderkulturpolitik machen kann, machen soll. Und vielleicht sehen wir in Bremen etwas mehr von dieser Kinderkulturpolitik. Deshalb gebe ich weiter an meine Kollegin Anna Erichson.

Frau Anna Erichson: Kommen wir jetzt zum Bundesland Bremen. Ob es da eine stärkere Kinderkulturpolitik gibt, das wage ich zu bezweifeln. 2003 wurden die Kinderrechte in die Landesverfassung Bremens aufgenommen. In Artikel 25 Absatz 1 heißt es dort: „Jedes Kind hat die Rechte auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“ Es wird ganz deutlich, dass das Kinderrecht auf Kunst, das in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben ist, dort explizit nicht genannt wird. Dennoch hat sich natürlich die Landesregierung mit der Aufnahme dieses Artikels verpflichtet, Verantwortung für die Ausgestaltung sogenannter kindergerechter Lebensbedingungen zu tragen.

Kinderkulturpolitik in Bremen heißt Beteiligung am kulturellen Leben, was vor allem durch Angebote der künstlerischen und kulturellen Kinder- und Jugendbildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich stattfindet. Kulturpolitik für Kinder wird als Teil kindgerechter Lebensbedingungen verstanden, dient also der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. Aber auch zur Ausgestaltung und Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft wird sehr, sehr deutlich, dass eine Art Zweckgebundenheit von Beteiligung am kulturellen Leben vorhanden ist oder eine Zweckgebundenheit gesehen wird.

In Bremen wird Kinderkulturpolitik als Querschnittsaufgabe verstanden. Da sehen wir die Eingangsthese von Herrn Schneider bestätigt. Und zwar als Querschnittsaufgabe von verschiedenen politischen Ressorts. Da sind sowohl der Kultursenat als auch der

Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und auch der Senat für Bildung und Wissenschaft zu nennen. In diesen Senaten gibt es verschiedene Programme und Positionspapiere, aus denen man eine Kinderkulturpolitik herauslesen kann oder Elemente einer Kinderkulturpolitik. Natürlich sind nicht zu vergessen die Verbände und Initiativen, wie beispielsweise das Aktionsbündnis für Kinderrechte, das sich Gedanken gemacht hat, wie man diese kindgerechten Lebensbedingungen gestalten kann und auch Verbände wie beispielsweise Quartier e. V., die sich stark für die Kinder- und Jugendkulturarbeit einsetzen.

Diese Querschnittsaufgabe bietet zum einen eine Chance für einen breiten politischen Konsens. Wenn verschiedene Ressorts und Verbände dahinterstehen, kann man auch etwas umsetzen. Andererseits birgt das natürlich auch die Gefahr von uneindeutigen Zuständigkeiten, gerade wenn es dann um Finanzierungsfragen oder ähnliches geht. Wünschenswert wäre meiner Meinung nach eine Art Arbeitsgruppe dieser verschiedenen Ressorts, die sich stärker vernetzen und stärker ihre Aktivitäten und Programme aufeinander abstimmen und auch die Verbände und Initiativen mit in ihre Arbeit einbeziehen. Das ist der Wunsch, den ich an Bremen habe.

Und wie das jetzt in Hamburg aussieht, das wird Frau Blum berichten.

Frau Hannah Blum: Wenn man von der Ausgestaltung der Kinder- und Jugendkulturpolitik in Hamburg spricht, dann muss man eigentlich in erster Linie das Rahmen- und Fachkonzept für Kinder- und Jugendkulturarbeit erwähnen, weil es für Hamburg charakteristisch ist und auch einzigartig in Deutschland. So werde ich auch meinen Vortrag gestalten. Ich werde mit einem Ausschnitt aus dem Vorwort zu jenem Fachkonzept beginnen, da bereits im Vorwort so schön dargestellt wird, welchen Stellenwert die Kinder- und Jugendkulturpolitik in Hamburg einnimmt.

Hier heißt es: „Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Ihre kreativen Potentiale und Fähigkeiten werden aber noch nicht genügend genutzt. Darum soll Kulturpolitik für diese Zielgruppe die vorhandenen Bildungsstrukturen ausbauen und verstärkt fördern. Lebenskunst und kulturelle Kompetenz heißen die Stichworte einer weltoffenen und zeitgemäßen Kinder- und Jugendkulturpolitik.“

Die ersten Impulse: Im Rahmen der großangelegten Aktion mit dem Namen „Metropole Hamburg, wachsende Stadt“, deren Ziel es ist, Hamburg in die Liga der großen internationalen Weltmetropolen zu heben, hat der Senat die Kulturbehörde beauftragt, ein Fachkonzept zur Förderung der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Hamburg zu entwickeln. Aus Sicht des Senats war die Entwicklung des Fachkonzepts auf der

einen Seite wohl ideologisch begründet, auf der anderen Seite aber auch sehr wirtschaftlich begründet. Im wirtschaftlichen Sinne meint hier, dass sich eine florierende Weltmetropole eben nicht nur durch ökonomische Stärke, sondern und besonders auch durch den kulturellen Sektor und die Anziehungskraft, den dieser Sektor ausübt bzw. gewinnt, darstellt. Das Anliegen des Rahmenkonzepts ist es, dass junge Menschen durch ästhetische Bildung und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur in sozial-künstlerischen Prozessen Schlüsselkompetenzen erlernen sollen. Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, Kreativität, Leistungsbereitschaft und Toleranz. Schlüsselkompetenzen, die sowohl für die eigene Persönlichkeit der jungen Menschen, das eigene Selbstbewusstsein, aber auch für die Zukunft unserer Gesellschaft sehr wichtig sind.

Die Maßnahmen: Der Beginn der Arbeit am Fachkonzept war zunächst gekennzeichnet durch eine allgemeine Bestandsaufnahme des bereits vorhandenen kulturellen Angebots für Kinder und Jugendliche in der Hansestadt. Dabei hat sich herausgestellt, dass Hamburg über eine außergewöhnliche Vielzahl an kulturellen Projekten für Kinder und Jugendliche verfügte. Es fehlte aber an der Vernetzung dieser Projekte untereinander und an der Transparenz nach außen, sprich, für die Interessenten fehlte die Transparenz über die Angebote vollkommen. Deswegen konnte auch das Angebot nicht breitenwirksam genutzt werden. Diesen Mangel erkannt, hat Hamburg Vernetzungskonzepte erstellt, die diese Angebotstransparenz gewährleisten sollten und darüber hinaus aber auch die Zusammenarbeit von großen Organisationen, sprich Sponsoren, Vereinen und Initiativen, mit kleineren renommierten Kulturinstitutionen fördern sollten, um aus dieser Zusammenarbeit kräftemäßigen Profit ziehen zu können und die Synergieeffekte zu nutzen. Man musste aber nicht nur die Vernetzung der Initiativen zur Kulturarbeit vorantreiben, sondern man musste auch schauen, dass die Zusammenarbeit der Bereiche Kultur-, Bildungs- und Jugendpolitik, sprich den drei Politikbereichen, die sich mit den kulturellen und sozialen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen, verbessert wird. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen und all der Maßnahmen wurde eine behördenübergreifende Projektgruppe eingesetzt, die sich aus freien Trägern, Initiativen, Institutionen und Künstlern zusammensetzte, um der Verwirklichung dieser Ziele hinterher zu fühlen. Das Rahmenkonzept wurde 2004 vom Senat verabschiedet und zwischen 2004 und 2006 in den ersten zwei Jahren evaluiert. Dabei hat sich herausgestellt, dass durch die gestiegene Anzahl an kulturellen Projekten die Präsenz in den Medien enorm gestiegen ist - eine relativ logische Konsequenz - und diese gestiegene

Medienpräsenz wiederum zu einer enormen Aufwertung des Arbeitsfeldes führte. Die Arbeitsfelder Jugend- und Kulturpolitik oder Jugend- und Kulturarbeit waren nun derart lukrativ, dass man viele neue Sponsoren und Förderer finden konnte und so diesen Sektor weiter ausbauen konnte und große Erfolge erzielen konnte. Soviele zu Hamburg.

Herr Aron Weigl: Und jetzt stellt sich natürlich die Frage, welches Modell - das waren ja nur drei Beispiele, es gibt ja noch andere Bundesländer mit anderen Modellen und anderen Konzepten - man sich denn nun zum Vorbild nehmen könnte? Welches Land belegt Platz Nummer 1 in unserem Ranking? Alles noch offen.

Frau Anne Franko: Man kann sich ja fragen, warum denn jetzt Hamburg, was waren die Kriterien, warum wir uns für Hamburg entschieden haben. Wir haben jetzt hier einmal fünf Kriterien zusammengefasst. Das erste ist für uns, dass in Hamburg die Kinderkulturpolitik über kulturelle Bildungspolitik hinausgeht. Das war für uns ein ganz wesentlicher Punkt. Zweitens haben wir festgestellt, dass in Hamburg Kinderkulturpolitik eine vernetzte Querschnittsaufgabe ist, das heißt, Querschnittsaufgabe ist es ja auch in anderen Bereichen, aber dass in Hamburg eben wirklich versucht wird, einzelne Ressorts miteinander zu verbinden. Drittens war ein Kriterium für uns, dass die zahlreichen Kooperationen sehr innovative Projekte ermöglichen, was Hamburg auch im Gegensatz zu anderen Bundesländern auszeichnet. Und es findet eben auch durch das Aufgreifen gerade von aktuellen Strömungen eine Begeisterung für Kultur statt - und da eben auch die Zuwendung zu neuen Formen von Kultur, von neuen Kulturentwicklungen, um nicht nur bei dem Begriff der Hochkultur zu bleiben. Und was Frau Blum am Anfang schon gesagt hat, dieses Rahmenkonzept ist einzigartig in Deutschland und diese fünf Gründe haben für uns dazu geführt, dass wir Hamburg als Gewinner nominiert haben.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Wir haben nicht versucht, Zahlen zu addieren, das haben Sie festgestellt, man hätte ja auch Haushalte durchforsten können, was aber ein Unterfangen ist, das eigentlich nicht möglich ist, weil gerade in den verschiedensten Etats der einzelnen Kulturbereiche nicht immer klar ist, für was es wie genutzt wird. Es ging uns auch nicht um die Quantität, sondern es ging uns um eine qualitative Kulturpolitik für Kinder, die nicht nur von Konzepten, sondern auch von der Umsetzung von Konzepten ausgeht. Interessant in

Hamburg ist auch, dass das nicht ein von oben aufgesetztes Konzept ist, sondern dass das von unten gewachsen ist - natürlich bietet da auch die Struktur der Stadt, ein Stadtstaat, ganz andere Möglichkeiten. Stadtteil-Kulturarbeit ist in Hamburg nun mal ein wesentliches Charakteristikum von Kulturpolitik und deshalb war es eben auch einfach, hier Kinderkulturpolitik zu identifizieren. Aber wie auch eine Senatorin gewissermaßen ihren Amtsantritt damit beginnt, eben nicht zu verkünden, dass die Oper weiter existiert oder die Elbphilharmonie zu ihren Schwerpunkten gehört, sondern antritt und sagt, Kinderkulturpolitik, das ist etwas, das ich mir für diese Amtszeit wünsche. Und das ist dann auch umgesetzt worden. Auch das wäre in dem Zusammenhang zu würdigen, dass es ja auch immer Personen und Menschen in der Politik braucht, die das umsetzen. Insofern ist das ein qualifiziertes Ranking, was wir vorgenommen haben. Wir werden Ihnen aber jetzt nicht erzählen, wer von Ihren Bundesländern auf Platz zwei, drei oder gar 16 angelangt ist. Denn es geht uns nicht darum, irgendwie Länder ins Abseits zu stellen, sondern es geht eher darum, darauf aufmerksam zu machen, dass das ein Politikbereich ist, der noch gefüllt werden muss - konzeptionell, aber auch mit Infrastruktur gefüllt werden muss. Und da kann Hamburg Beispiel sein, aber da kann man eben über die gesamte Studie hinweg ein paar Modelle finden, die vielleicht dieses Thema in der Bundesrepublik Deutschland zukünftig untermauern und auch befördern könnten. Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und stehen natürlich für Anmerkungen, Fragen usw. zur Verfügung.

Vorsitzende: Herzlich Dank für diesen tollen Vortrag und die gute Präsentation und natürlich auch für die Erkenntnisse, die Sie uns geliefert haben. Jetzt wollen Sie sich zwar vielleicht ein bisschen drücken, aber ich will doch noch einmal nachfragen und auch den Kolleginnen die Chance geben, Fragen zu stellen, wie die anderen Länder abgeschnitten haben, denn wir wollen ja konstruktiv nach vorne arbeiten. Und ich habe Ihnen im Vorgespräch schon erzählt, dass wir seitens der Kinderkommission die Chance haben, Länder anzusprechen und anzuschreiben. Es geht jetzt tatsächlich nicht darum, mit dem Zeigefinger Länder zu mahnen oder zu sagen, dass sie so schlecht waren. Aber wir könnten ja animieren oder anregen und sagen - nach dem so oft hergenommenen Best-Practice-Modell, das gerne im Familienministerium genommen wird - was in Hamburg gut gelaufen ist, das kann man sich anschauen. Und da könnten wir vielleicht ein neutraler Mittler sein. Von daher würde ich mich schon freuen, wenn Sie da noch ein bisschen etwas sagen können. Sie müssen jetzt nicht alle 16 Länder ranken, aber so ganz grob sagen, wo Defizite liegen.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Fangen wir mal bei dem Positiven an: Sie haben die drei Beispiele hier gezeigt bekommen, die wir für besonders halten. Wir hätten Baden-Württemberg und Bremen nicht genommen, wenn wir da nicht besonders fündig geworden wären. Wir können natürlich auch noch hinzufügen und sagen, es gibt natürlich hier in der Hauptstadt Berlin Entwicklungen, da könnte man von einer Kinderkulturpolitik sprechen. Wir waren gerade heute morgen nochmal im Podewil bei den Kulturprojekten, wo jetzt dieser Fonds mit der kulturellen Bildung anläuft und das sind ja immerhin doch 3,... Millionen für zwei Jahre, die hier speziell für Projekte in diesem Bereich investiert werden sollen. Das ist schon ein erstes Zeichen und wenn man weiß, was hier auch an besonderen Institutionen vorgehalten wird, die zum Teil staatlich sind, wie das „Theater an der Parkaue“ oder private Initiativen, wie das Kinderliteraturzentrum „Leseart“, das sind schon mal wesentliche Institutionen, die sich in ihren jeweiligen Bereichen für eine Kulturpolitik für Kinder engagieren. Und da könnte ich noch vieles nennen, was uns in Berlin aufgefallen ist. Wir haben dieses Ranking nicht weiter getrieben, indem wir gesagt haben, Platz 13 ist dann noch dieses Bundesland und jenes, sondern wir haben gesagt, wo die Top drei sind und dann gibt es noch drei weitere, die eine Rolle spielen. Es ging uns nicht darum, auszugrenzen oder um diesen Ehrgeiz wie bei Pisa, jeweils um einen Platz zu kämpfen, sondern es geht uns um das Ganze. Und das können wir in der Studie alleine mit den drei Beispielen auch nachweisen, aber auch mit Einzelbeispielen aus den anderen Ländern.

Abg. Marlene Rupprecht (SPD): Wenn ich kulturelle Bildung und Kultur höre, dann ist natürlich der Begriff Kultur bei den meisten, denke ich, so wie bei mir auch, mittelschichtorientiert, was wir in der Kindheit so an Kultur vermittelt bekamen. Welche Kriterien haben Sie angelegt zur Bewertung, was als kulturelle Bildung noch gewertet wird? Wenn ich mir jetzt bestimmte Ghettos anschau, die ja auch eine bestimmte Form von Kultur haben, oder bestimmte Migrantenkommunitäten, die auch bestimmte kulturelle, jetzt nicht nur folkloristisch, sondern eigene kulturelle Elemente entwickeln und Strömungen haben. Welche Form der Bildung haben Sie angelegt? Es ist für mich einfach wichtig - wir haben uns vor kurzem in Tschechien über Roma unterhalten und deren Kultur, jetzt nicht so, was wir so unter Zigano verstehen, sondern tatsächlich jede Gruppe entwickelt eine eigene Kultur. Welche haben Sie definiert? Und ist auch die Kultur der Randgruppen mit in Betracht gezogen worden?

Frau Hannah Blum: Ich glaube, wir sind da von einer anderen Seite herangegangen. Wir haben geschaut, was gibt es und wie weit wird in dem jeweiligen Bundesland der kulturelle Bildungsbegriff gefasst. Und je weiter dieser gefasst war und je mehr dort hineinfiel und je mehr Bemühungen gemacht werden, nicht nur traditionelle Kunstformen zu fördern, sondern eben auch innovative und integrative Ansätze zu fördern, desto positiver haben wir das aufgenommen und auch empfunden und in die Bewertung aufgenommen. Und deswegen besticht Hamburg auch unglaublich, weil es durch diese ganzen Stadtteilkulturzentren sehr viel solche Sachen macht und auch versucht, wirklich unabhängig von der Schule, unabhängig von der Kategorisierung nach Leistungs- oder Bildungsständen von Jugendlichen, fernab davon Kultur zu machen und eben auch ausländische Kultur zu integrieren und da nichts auszuschließen und nicht nur auf traditionelle klassische Kulturformen zurückzugreifen.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Wir haben Politik oder Politiken untersucht, wir haben aber natürlich auch einen bestimmten Kulturbegriff. Also erstens haben wir den natürlich auch bei der UNESCO ausgeliehen. Dazu gehört selbstverständlich nicht nur der eine Kulturbegriff, sondern eben der erweiterte Kulturbegriff und eben auch ein Kulturenbegriff, der da impliziert wird, einfach durch die Tatsache, dass man sagt, es gibt natürlich eine Kultur der Migranten und es gibt ganz unterschiedliche Kulturen durch Zuwanderung. Wir haben sogar immer wieder festgestellt, es gibt auch so etwas wie Interkultur, also gerade die Kommunikation oft als ein dezidiert kulturpolitischer Förderauftrag, dass man sagt, das wollen wir besonders machen. Interessant in dem Zusammenhang ist aber immer wieder, das habe ich auch das letzte mal schon, als wir hier über kulturelle Bildung sprachen, gesagt, interessant ist der Aspekt, wo das stattfindet. Wir haben im außerschulischen Bereich bestimmte Institutionen identifiziert, die sich hier schwerpunktmäßig engagieren. Aber wir haben immer wieder auch festgestellt, dass wir in der Schule, und zwar insbesondere in der Grundschule, die Möglichkeit haben, die gesamte Breite einer Bevölkerung repräsentiert zu bekommen. Deshalb ist ja auch immer wieder zu fragen, ob es so sinnvoll ist, die Kinder nach der vierten Klasse schon zu trennen. Darüber will ich jetzt hier überhaupt nicht weiter streiten. Ich will es nur in dem Zusammenhang nochmal erwähnen: Sie haben insbesondere bei sogenannten kulturfernen Schichten und Gruppen die einzigartige Möglichkeit, insbesondere in der Grundschule Partizipation zu ermöglichen. Und deshalb sollte man da nicht mit Konzepten, die

sich dann an Jugendliche richten, anfangen, sondern eben vom ersten Schuljahr an und am besten natürlich auch vor der Schule. Ich habe gehört, Sie hatten auch ein Gespräch mit einem Neurobiologen und der wird Ihnen ja erzählt haben, dass zwischen drei und sechs Jahren entscheidende Dinge mit dem Gehirn passieren. Aber für die Kindertagesstätten gibt es zwar ein Recht, aber keine Pflicht, sein Kind dort anzumelden. Aber in der Grundschule gibt es eine Schulpflicht und deshalb sind alle da. Und deshalb ist dieser Aspekt, inwieweit Grundschulen in Kulturarbeit und in die Künste eingebunden sind, ein ganz wesentlicher Aspekt von einer sogenannten Kinderkulturpolitik.

Abg. Diana Golze (DIE LINKE.): Auch von mir herzlichen Dank für Ihren Vortrag und für die Informationen. Ich bin an einer Begründung hängen geblieben, die Sie genannt haben, weshalb Hamburg für Sie eine herausragende Rolle gespielt hat, oder an zweien. Und zwar Kinderkulturpolitik als vernetzte Querschnittsaufgabe und Kinderkulturpolitik geht über kulturelle Bildungspolitik hinaus. Das waren für mich die beiden entscheidenden Punkte, weil ich in der vorletzten Woche an einer Konferenz zu kultureller Bildung teilgenommen habe. Ich habe an einem Podium teilgenommen, auf dem ein Professor aus München gesagt hat: „Wir brauchen einen modernen Bildungsbegriff und einen modernen Kulturbegriff, dem es gelingt, es zwar als zwei verschiedene Bereiche wahrzunehmen, die ihr eigenes Geltungsbedürfnis und ihre eigene Existenzberechtigung haben, diese aber so miteinander in Verbindung bringt, dass einer ohne den anderen nicht kann.“ Er meinte, dass z. B. kulturelle Bildung in der Bildung nichts Aufgesetztes sein darf. Kultur darf kein „und was sonst noch passierte“ innerhalb der Bildung sein. Und anders herum fand er es gerechtfertigt, dass Bildung elementarer Bestandteil der Kultur ist, weil man sich als Künstler, egal welcher Kulturrichtung man sich verschrieben hat, mitteilen will und bei dem Gegenüber auch etwas hängen bleiben soll, was dann im weitesten Begriff ja auch Bildung bedeuten würde. In dem, was für Sie die entscheidenden Kriterien waren, finde ich es für mich jetzt etwas bestätigt. Mich würde jetzt einfach ein praktisches Beispiel interessieren, das Sie vielleicht in Hamburg entdeckt haben, wo Sie sagen, das geht über das, was andere machen, wirklich hinaus. Wir haben hier ja schon verschiedenste Kulturprojekte vorgestellt bekommen, auch was kulturelle Bildung betrifft. Ob das „Für jedes Kind ein Instrument“ betrifft oder - Sie haben es vorhin an anderer Stelle bei einem anderen Bundesland genannt - dass Musikschulen in der Förderung ganz explizit genannt werden. Das ist in meinem Bundesland auch so, es gibt ein Musikschulge-

setz im Land Brandenburg. Gibt es so ein Beispiel, zu dem Sie sagen, das macht deutlich, was Kulturpolitik, was Kinderkulturpolitik in Hamburg wirklich praktisch bedeutet?

Frau Hannah Blum: Also Beispiele, die jetzt mit der Schule zusammenarbeiten oder Beispiele, die fernab von Schule passieren? Sowohl als auch, okay.

Was ganz schön ist, ist das Projekt, das heißt „TuSch - Theater und Schule“. Dort gehen Schauspieler aus den verschiedenen Theatern in Hamburg an die Schulen und erarbeiten dort mit den Kindern Theaterprojekte, die aber relativ frei ablaufen, wo es sehr viel Raum für Experimente gibt und wo Kinder auch ihre eigenen Erfahrungen oder Ausdrucksmöglichkeiten einbringen können. Mit diesen Schauspielern werden im Grunde Patenschaften gegründet und diese Schauspieler sind dann zuständig. Das gleiche gibt es auch mit den Hamburgern Philharmonikern. Die Musiker gehen in die Schule und stellen Instrumente vor und machen Musik praktisch greifbar. Die Frage, wie erzeuge ich Musik, wird den Schülern dann aus der praktischen Sicht erklärt. So wird immer versucht, die Brücke zwischen der Kulturinstitution und der Schule zu schaffen und auf der anderen Seite auch die Schwellenangst davor zu nehmen, in die Kulturinstitution zu gehen, auch wenn man jetzt vielleicht nicht der Fachmann ist und nicht genau weiß, wie Oper abläuft, sondern man habe es in der Schule erfahren. Es gebe da eine Schnittstelle, die dieser Musiker legt. Und ich weiß, ich treffe den dort an und kann ihn aufsuchen.

Außerschulisch gibt es diese Stadtteilkulturzentren, wo viel passiert. Es gibt eine Produktion von der Staatsoper und Kampnagel, die heißt „Opera Piccola“. Da wird jedes Jahr eine kleine Oper mit Schülern auf die Beine gestellt. Die Musiker und die Kostümleute sind alle Schüler und Jugendliche, die nur angeleitet werden. Und das findet meistens unabhängig von der Schule statt.

Weiterhin gibt es dann noch die mobilen Bühnen. Das sind Theatergruppen, die Reisen und Kinder- und Jugendtheater anbieten, also nicht an Schulen gebunden sind.

Frau Anne Franko: Ich wollte nochmal zum ersten Punkt sagen, der hieß ja „Kinderkulturpolitik geht über kulturelle Bildungspolitik hinaus“. Uns ist in Hamburg aufgefallen, dass es generell ein Konzept gibt, so dass eben wirklich von der Kinderkulturpolitik gesprochen werden kann, während es in anderen eben viele verschiedene Zuständigkeitsbereiche gibt. Das ist in Hamburg anders. Es gibt einfach ein Konzept dafür, wie mit diesem Bereich von Kulturpolitik umgegangen werden soll. Und das

beinhaltet vor allem auch dieser erste Punkt, also dass das eben über kulturelle Bildung hinausgeht und dass Musikschulen und Jugendkunstschulen nicht per se eine Kinder- und Jugendkulturpolitik sind.

Wir sind nicht nur davon ausgegangen, uns mit kultureller Bildung für Kinder zu beschäftigen, sondern mit Kulturpolitik für Kinder. Und da ist natürlich der Kulturbegriff ein weiterer, weil es eben nicht nur um die Frage ging, inwieweit Kultur ein Faktor für Bildung von Kindern ist oder wozu Kultur nützlich ist. Also nicht eben Kultur, um bestimmte andere Kompetenzen zu fördern, oder um bestimmte andere Bereich zu stärken oder um Kinder vorzubereiten auf ..., sondern ausgehend von der Annahme, dass Kinder per se - wie alle Menschen - ein Recht haben, überhaupt ästhetische Erfahrungen machen zu können, also ein Recht auf Kultur haben. Natürlich erweitert das dann den Kulturbegriff, weil es dann nicht mehr nur der Anspruch sein kann, ob das jetzt eine nützliche oder eine hohe Kultur ist, oder ob das jetzt die förderungswürdigste Form von Kultur ist, die vermittelt wird. Es ist eben dann ein viel größeres Spektrum, es ist eine viel größere Vielfalt, aus der geschöpft werden kann. Und natürlich kann es dann eben auch sein, dass es ganz unterschiedliche Förderkonzepte sind, oder dass in verschiedenen Stadtteilen, in verschiedenen Ländern, in verschiedenen Perioden unterschiedliche Konzepte gefördert werden. Wir haben aber nicht versucht, vorher schon eine Wertung vorzunehmen, was davon wertvoller ist zu fördern als etwas anderes. Es ging überhaupt zunächst darum zu schauen, wo eigentlich gefördert wird. Und daran schließt sich dieser zweite Punkt, dass es eben die vernetzte Querschnittsaufgabe ist, auch an. Wir haben gar nicht geschaut haben, welche Bundesländer oder der Bund oder Europa, wo schneiden da welche besonders schlecht ab. Man kann aber natürlich sagen, dass es auf verschiedenen Ebenen einen Mangel gibt, in mehreren Bundesländern sozusagen. Dass es eine Querschnittsaufgabe ist, die aber nicht so dezidiert vernetzt ist, sondern wo klar ist, dass es überall mal auftaucht. Es ist aber niemand insoweit zuständig, als sich jemand mit der Umsetzung oder mit bestimmten Konzepten dann tatsächlich darüber hinaus noch weiter beschäftigt, sondern es gibt eine Stellungnahme und noch eine Stellungnahme dazu. Es gibt aber niemanden, keine Instanz, an die es herangetragen werden kann, die tatsächlich dezidiert dafür zuständig wäre oder die Verantwortung tragen würde. Das, glaube ich, lässt sich generell sagen, ohne zu sagen, dass das in dem Bundesland besonders schlimm ist.

Abg. Marlene Rupprecht (SPD): Darf ich da noch einmal nachfragen? Es gibt ja verschiedene Vorgehensweisen. Da setzt sich jemand in der Verwaltung oder auf der politischen Ebene hin und macht ein Konzept - jetzt sind die Stadtstaaten ja überschaubar - und sagt, in dem Stadtteil will ich das und das fördern. Oder ist es mehr ein Verfahren, es entwickelt sich Kultur vor Ort in den Stadtteilen und die beantragen etwas, es geht ja immer um Geld, beantragen quasi die Unterstützung durch die Senatsverwaltung. Das heißt, die Senatsverwaltung legt dann Kriterien an, die sie vorher entwickelt hat. Sind die Kriterien, was gefördert wird, in welchem Umfang gefördert wird, vorher bekannt? Ist das mehr ein aktives oder mehr ein passives Handeln? Für mich ist das schon wichtig, weil ich glaube, dass ich damit natürlich auch vieles hervorrufen kann oder ich reagiere nur als Verwaltung und als Politik.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Das kann ich relativ deutlich beantworten, weil uns das so augenfällig in Hamburg war. Also erstens gab es natürlich den politischen Willen, dieses Feld zu bearbeiten. Zweitens gab es aber eine Struktur, die genutzt wurde, gewissermaßen „bottom up“ - es gab schon etwas, auf das man aufbauen konnte und das hat dann dazu geführt, dass der Senat sich hier auch der kulturellen Praxis in den Stadtteilen annehmen konnte. Drittens: Es gab einen Prozess, das heißt, man hat gesagt, drei Jahre lang setzen wir uns zusammen. Es gab ein „Schnittstellenamt“ - es hieß was mit Schnittstellen, das kann man ja nachsehen -, wo jemand tatsächlich alles koordiniert hat. Aber derjenige hat nicht „irgendwie Verwaltung“ koordiniert, sondern hat einen Diskurs koordiniert, der üblicherweise nicht stattfindet: zwischen dem Jugendamt, zwischen dem Schulamt, zwischen dem Kulturamt oder eins drüber, den politischen Stellen. Es ist ja oft nicht einmal der Fall, dass die beiden Minister - für Kunst und Kultus - zusammenkommen. Wir wollen hier an dieser Stelle nicht über die KMK reden, das ist nicht Ihr Feld. Aber da sollte ja beides zuhause sein. Wir wissen, wo der Schwerpunkt liegt. Das heißt, diese Kommunikation erstmal herzustellen und wie selbstverständlich vom Kinde aus zu denken und zu sagen, wir haben Kinder in dieser Stadt und denen wollen wir Kultur angedeihen lassen, und nicht zu fragen, wie sind unsere Politikbereiche aus welchem Grund auch immer wie gewachsen. Ich erinnere noch einmal an den Ausgangspunkt, das war doch der Ausgangspunkt, warum ich auch das Seminar angeboten habe. Ich kann mich an diese Debatte erinnern und war auch zweimal bei der deutschen UNESCO-Kommission Ende der 80er Jahre, als es um die Kinderrechtskonvention ging, mit dabei. Dann hat man sie, jetzt ist sie ratifiziert, jetzt sind

15 Jahre vergangen und jetzt will man doch schon mal wissen, wie dieses Recht auf Kunst und Kultur für Kinder auch tatsächlich verwirklicht wurde. Das ist ja nicht nur irgendwie ein Paragraf, den man mal verabschiedet hat, sondern das ist ja genauso wie die Konvention zur kulturellen Vielfalt. Das fordert ja die Politik und das wird zukünftig, glaube ich, von der UNESCO noch etwas stärker gefordert werden müssen, damit sie tatsächlich auch Konsequenzen hat. Da arbeiten ja auch viele dran, dass dies auch immer wieder überprüft wird. Und diese Überprüfung, dieser Ausgangspunkt, der ist einfach wichtig - inwieweit hat das in die tagtägliche politische Praxis Eingang gefunden. Und dazu kann man natürlich ein Konzept schreiben, aber das ist Papier. Das Wichtige ist, dass man eine gewisse Infrastruktur hat, das heißt ja nicht, dass da viel Geld investiert werden muss, sondern dass man „Synergieeffekte“ hat, die in dem Punkt tatsächlich zu erzielen sind, weil wir über ganz viele Infrastrukturen verfügen. Und dazu gehört tatsächlich auch die Schule. Dass die Kommunikation zwischen Schule und außerschulischem Bereich so schlecht ist, kann man eigentlich nicht nachvollziehen. Da kann man nur sagen, dass kann die Politik aber heilen.

Das eine Beispiel, ich weiß jetzt nicht mehr, in welchem Bundesland das war, aber auf jeden Fall kam es aus dem Theaterbereich, dass die, die für Theatervermittlung zuständig waren, eigentlich dafür gesorgt haben, dass die Theater Eintrittskarten verkauft haben. Das ist doch, glaube ich, nicht unser aller Idee von Theaterpädagogik, Theatervermittlung, von dem Auftrag, den man hier haben sollte. Die haben nichts anderes gemacht, als bei den Schulen und bei den Lehrern anzurufen und zu sagen, wir haben da noch eine Vorstellung, die müssen wir noch verkaufen. Warum das nicht funktionieren soll, wo doch beides in der gleichen politischen Hand liegt, also in der Stadtverwaltung oder in der Kreisverwaltung oder beim Land, das kann eigentlich keiner richtig erklären. Deshalb sind Beispiele, wo das gut funktioniert, natürlich dann sofort Modell.

Vorsitzende: Weitere Fragen unsererseits liegen nicht vor. Die Kinderkommission habe ich Ihnen ja Anfangs schon ein bisschen vorgestellt. Wir haben ja auch gesagt, dass wir uns jetzt in der Sitzung, die gleich richtöfentlich sein wird, überlegen, wie wir das mit der Pressemitteilung gestalten. Ich danke Ihnen auf jeden Fall an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre Arbeit, für die viele Mühe, die Sie reingesteckt haben. Und zum zweiten würde ich mich freuen, wenn wir weiter im Kontakt bleiben könnten, Herr Prof. Schneider. Vielleicht ergibt sich trotzdem noch einmal ein weiterer Kontakt, damit wir das Thema weiter bearbeiten. Wir sind am Anfang der Sitzung

schon übereingekommen, wie wichtig das ist. Sie haben das so schön formuliert mit „wo Kinder sind, ist keine Kultur“, dass wir das nicht einfach so stehen lassen, sondern auch weiter daran arbeiten. Ich würde mich auch über Ihre Unterstützung freuen. Ich bedanke mich, dass Sie hergekommen sind und bedanke mich für die Präsentation.

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Wir bedanken uns ganz herzlich für die Möglichkeit. Das ist ja so etwas wie ein kleiner politischer Grundkurs, der hier so nebenbei noch zum Thema „wie funktioniert Politik“ läuft. Das brauche ich gewissermaßen, aber es sind alles Studierende, die demnächst ihr Diplom in Kulturwissenschaften machen und dann natürlich nicht nur dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, sondern natürlich auch der Politik. In diesem Sinne auf ein Wiedersehen.

Abg. Michaela Noll (CDU/CSU): Es ist ja eine Frauendomäne. Wie hoch ist der Frauenanteil?

Herr Prof. Dr. Wolfgang Schneider (Universität Hildesheim): Die Professoren sind männlich, die Studierenden sind weiblich.

Ende der Sitzung: 17.37 Uhr

Miriam Gruß, MdB
Vorsitzende